

17.12.2019

2. Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)“ Drucksache 17/7200 sowie zur Drucksache 17/7800 (Ergänzung) in der Fassung nach der 2. Lesung

NRW braucht eine Haushaltspolitik für die Vielen statt nur für Wenige

I. Ausgangslage

Beste Voraussetzungen der NRW Geschichte

Die amtierende Landesregierung hat die besten Voraussetzungen der Landesgeschichte. Sie profitiert vom bundesweiten Wirtschaftsaufschwung und der niedrigen Arbeitslosigkeit. Damit einhergehend sprudeln die Steuereinnahmen. Allein seit 2017 sind diese um zusätzlich 10 Milliarden Euro gestiegen.

Außerdem erhält NRW Bundesmittel auf Rekordniveau etwa für Kitas, Infrastruktur und Hochschulen von mehr als drei Milliarden Euro.

Regierungsmotto: No Future

Trotz dieser hervorragenden Ausgangsposition, droht die Landesregierung die Zukunftschancen für NRW zu verspielen. Statt die hervorragende finanzielle Situation zu nutzen, um in Schulen, Kitas, Infrastruktur, Krankenhäuser, Wohnen und Klimaschutz zu investieren, sieht die mittelfristige Finanzplanung eine sinkende Investitionsquote vor.

Zudem hat die Landesregierung keine Antworten auf wichtige Zukunftsfragen.

Weder im Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung sind Mittel für

- kommunale Altschuldenregelung
- einen schulscharfen Sozialindex für mehr Bildungsgerechtigkeit
- für A13 für alle Lehrkräfte

vorgesehen.

Haushalt der gebrochenen Versprechen.

Der versprochene Schuldenabbau ist abgesagt, aus dem angekündigten Bürokratieabbau wurden immer neue Stellen in der Ministerialbürokratie, die geforderte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei der Grunderwerbsteuer wird nicht verfolgt, aus der dem Landrechnungshof zugesagten Minderung der globalen Haushaltstitel wurden Erhöhungen, die von den Kommunen eingeplante Weiterleitung der Integrationspauschale wurde gestrichen und aus

Datum des Originals: 17.12.2019/Ausgegeben:18.12.2019 (17.12.2019)

den geplanten Einsparungen von einer Milliarde Euro wurden 0 Euro . Bei dieser Landesregierung klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Auf das Wort von CDU und FDP in NRW ist kein Verlass.

Mit Tricks zur schwarzen Null

Die schwarze Null ist gesetzlich vorgeschrieben und ihre Einhaltung angesichts weiter stark ansteigender Steuereinnahmen – allein 3,6 Milliarden mehr in 2020 – keine besondere Leistung.

Gleichzeitig hat die Landesregierung Schulden bei den Kommunen im Bereich Flüchtlingsfinanzierung und kann 17.000 Stellen, vor allem in den Schulen, nicht besetzen.

Koalitionsfraktionen betreiben Symbolpolitik statt zu gestalten

Die Änderungsanträge von CDU und FDP machen die Konzeptionslosigkeit und den fehlenden Gestaltungswillen der Koalition deutlich. Statt die großen Herausforderungen im Land anzupacken und Wahlversprechen zu erfüllen, werden symbolische Kleinstanträge gestellt, die keine Probleme lösen und denen jedes Gesamtkonzept fehlt.

Der weitreichendste Antrag von CDU und FDP setzt eine gesetzliche Beschneidung der Prüfrechte des Landesrechnungshofes durch. Der unabhängigen Prüfbehörde soll die einzig vorbeugende Kontrollbefugnis gegenüber der Landesregierung genommen werden. CDU und FDP wollen, dass sich diese der Vorab-Prüfung bei der Verteilung von Geldern entziehen kann.

Statt der Politik für die Wenigen fordert die SPD eine soziale Politik für die Vielen

Die SPD hat in den Haushaltsberatungen zahlreiche gegenfinanzierte Vorschläge für eine gerechtere Politik für NRW gemacht. Diese wurden alle abgelehnt. Dabei wollen wir folgende Schwerpunkte setzen:

Beste kostenfreie Bildung

- Zusätzliche Mittel für eine bessere personelle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen und die Einführung einer verlässlichen Sockelfinanzierung
- Die vollständige Abschaffung der Kitagebühren
- Einen schulscharfen Sozialindex, damit 1000 Schulen mit besonderen Herausforderungen besser gefördert werden, statt nur 60 Talentschulen.
- A13 für alle Lehrkräfte. Damit Lehrerinnen und Lehrer fair bezahlt werden.

Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss verteidigt werden. Um die zahlreichen Ehrenamtlichen, die dies täglich tun, stärker zu unterstützen und die politische Bildung zu verstärken muss es eine erhöhte Förderung von Demokratieprojekten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geben. Zudem muss die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten gestärkt werden. Wir begrüßen es dass die Regierungskoalitionen unseren Vorschlag für mehr Finanzmittel für den Kampf gegen Antisemitismus aufgegriffen haben.

Klimafreundliche Mobilität für Jugendliche und Azubis

Zur klimafreundlichen Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen und Auszubildenden fordern wir ein kostenfreies Ticket für alle unter 18 Jahre. Als Einstieg wollen wir in diesem Haushalt mit Kindern unter 14 Jahren beginnen. Das Azubiticket muss finanziell aufgestockt werden, um es attraktiver zu machen.

Unterstützung der Städte und Gemeinden

Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger fordern die Abschaffung der Straßenbauggebühren. Die Antwort der Landesregierung ist ein Bürokratiemonster, das den Menschen ihre Existenzängste nicht nimmt. Die Gebühren müssen komplett abgeschafft werden und damit den Städten komplett erstattet werden.

Die Kommunen haben sich auf die Zusage der Landesregierung, die Integrationspauschale des Bundes komplett weiterzuleiten, verlassen. Die Ausreden, dies nun nicht zu tun, gelten hier nicht.

Seit über einem Jahr weiß die Landesregierung, durch ein Gutachten, dass sie den Kommunen 550 Millionen Euro im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes schuldet. Diese müssen endlich bezahlt werden. Die Zahlungen für die vergangenen zwei Jahre müssen aus nicht verausgabten Mitteln des laufenden Haushaltes erfolgen.

Für 2020 muss sichergestellt werden, dass die eingestellten Mittel den Kommunen zufließen und das Gesetz entsprechend angepasst wird.

Sofortinvestitionsprogramm

In der Anhörung zum Haushalt wurde deutlich, dass der Investitionsstau in NRW dringende Maßnahmen erfordert. Aus den unterschiedlichen Bereichen wurde auf erhebliche Missstände hingewiesen.

Insbesondere im Bereich der Digitalisierung auf zum Teile gefährliche und sicherheitsrelevante Missstände hingewiesen. Aber bei Straßen, Radwegen und Gebäuden muss umgehend reagiert werden.

Deshalb muss ein Sofortinvestitionsprogramm zur Beseitigung der dringendsten Probleme in Höhe von einer Milliarde Euro geben. Vorbild soll das auslaufende Programm Gute Schule 2020 sein.

Im Jahr 2020 muss ein langfristiges Programm etabliert werden, um die Investitionslücken dauerhaft zu schließen.

Koalition zeigt mangelnden Respekt vor dem Parlament

In den Haushaltsberatungen zeigten Landesregierung und Koalitionsfraktionen ihren fehlenden Respekt vor dem Parlament und der Opposition.

Die Landesregierung verweigerte wichtige Informationen. So wurde dem Integrationsministerium untersagt die Grundlagen für den Haushaltsansatz 2020 beim Flüchtlingsaufnahmegesetz vorzulegen, obwohl diese im letzten Jahr noch mitgeteilt wurden. CDU und FDP hielten sich nicht an die im Hauptausschuss getätigte Zusage, gemeinsam mit SPD und Grünen einen Vorschlag zur Stärkung der Arbeit der Antisemitismusbeauftragten vorzulegen. Entsprechende Anfragen blieben unbeantwortet. Zudem brachen sie mit der geübten Praxis Haushaltsanträge zu wichtigen Landesinstitutionen wie der NRW-Stiftung gemeinsam vorzulegen. Respektlos ist auch die Praxis, die Begründung der Ablehnung von Haushaltsanträgen trotz Nachfrage nicht zu nennen. Dieses Vorgehen zeugt von einem hohen Maß an Ignoranz und Arroganz.

Landesregierung ermöglicht Haushaltsausgleich durch Privatisierungserlöse

Mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung ermöglichen es CDU und FDP den Haushaltsausgleich durch Verkaufserlöse von Landeseigentum sicherzustellen. Gegen den ausdrücklichen Rat aller Experten in der Anhörung wurde unser Antrag diese, beim Bund und anderen Ländern ausgeschlossenen Möglichkeit der Umgehung der Schuldenbremse zu streichen, abgelehnt.

Die laufenden Prüfungen der Landesregierung zur Privatisierung von Landesbeteiligungen erscheinen damit in einem anderen Licht. Erlöse aus solchen Verkäufen können somit zukünftig zum Stopfen von Haushaltslöchern und Einhaltung der Schuldenbremse genutzt werden.

II. Der Landtag stellt fest:

Der Haushalt 2020,

- hat mit Rekordsteuereinnahmen und Rekordhilfe des Bundes beste finanzielle Rahmenbedingungen.
- wird den dringenden Zukunftsherausforderungen für NRW nicht gerecht.
- packt Zentrale Probleme des Landes nicht an.
- entlastet die Bürgerinnen und Bürger nicht.
- setzt auch diesmal zahlreiche Versprechen von CDU und FDP nicht um.
- lässt kein politisches Gesamtkonzept erkennen. Er wird dem Anspruch eine Politik für die Vielen statt für die Wenigen nicht gerecht.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael Hübner
Stefan Zimkeit

MdL und Fraktion